

Geschichte

Trauma

Medien

Opfer der „Euthanasie“



Während des Nationalsozialismus wurden in der Landesheilanstalt Ueckermünde etwa 4000 psychisch Kranke ermordet oder in den Tod geschickt. Darunter auch die 1944 getötete Erika Kuckuck. Welches System hinter den Krankmorden stand, zeichnete auf Basis von tausenden Patientenakten in einem von dem heutigen Klinikträger AMEOS mit initiierten Buch die Medizinhistorikerin Dr. Kathleen Haack nach.

Seite 7

Den Genozid überlebt



Überleben nach einem Genozid: Auf einer Tagung in Dresden berichtete Prof. Dr. Dr. Jan Ilhan Kizilhan von seiner therapeutischen Arbeit mit schwer traumatisierten jesischen Mädchen und Frauen, die von Baden-Württemberg 2015 und 2016 im Rahmen eines Sonderkontingents aufgenommen wurden. Eine preisgekrönte TV-Dokumentation geht ihrem Schicksal und auch dem der beiden Schwestern Jihan und Sawsan Alomar (Foto: © RB/SWR) nach.

Seite 5

Inklusiver Journalismus



Für Menschen mit Beeinträchtigung ist der Zugang zum Journalismus äußerst schwer. Der Hamburger Nikolai Prodöhl hat selbst eine Lern- und Sprachbeeinträchtigung. Mit Hartnäckigkeit hat es der 36-Jährige geschafft, seinen Traum zu verwirklichen. Er hat es zu einem festen Redakteursjob geschafft und arbeitet bei „andererseits“ – einem deutschsprachigen Magazin mit Sitz in Wien, dessen Schwerpunkt auf Inklusion liegt.

Seite 3

Psychiatrie am Scheideweg

Gewaltprävention: ExpertInnen warnen vor Austausch sensibler Gesundheitsdaten mit Polizei-, Justiz- und Ausländerbehörden

„Wir brauchen keine neuen gesetzlichen Regelungen oder Konstrukte – wir müssen die bestehenden Möglichkeiten besser anwenden“, so Prof. Euphrosyne Gouzoulis-Mayfrank. Mit Bezug auf ein Positionspapier zur Prävention von Gewalttaten warnt die Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) vor einem Register für potenziell gewalttätige Menschen mit psychischen Erkrankungen und der Weitergabe von medizinischen Daten an Behörden. Das würde das Gewaltisiko nicht mindern. Das Gegenteil wäre der Fall, warnen sie und die Verfasser des Papiers: Wenn die Furcht vor Stigmatisierung dazu führt, dass Betroffene aus Angst vor einer Meldung an die Behörden mit den Behandelnden nicht offen über ihre Gedanken und ihr Erleben sprechen oder sich gar nicht mehr oder erst spät behandeln lassen, „erhöhen solche Maßnahmen das Risiko, dass eine Gewalttat begangen wird“, macht Prof. Euphrosyne Gouzoulis-Mayfrank deutlich.

BERLIN (hin). „Prävention von Gewalttaten“ ist das Positionspapier betitelt, in dem 13 renommierte ExpertInnen auf 30 Seiten Empfehlungen zusammengestellt haben, wie sich Risiken reduzieren lassen. Das Papier wird von 20 Fachverbänden unterstützt.

Das Risiko selbst wird nicht bestritten. Gewalttaten zu begehen sei bei Schizophrenen und anderen Psychosen, beim Missbrauch bzw. bei Abhängigkeit von Drogen und Alkohol sowie bei schweren Persönlichkeitsstörungen statistisch erhöht. Umso mehr, wenn Drogen und Alkohol ins Spiel kommen, umso weniger, wenn gut behandelt wird.

Hier setzen die Forderungen der Fachleute an. Um das Risiko für Gewalttaten zu senken, fordert die Fachgesellschaft flächendeckend niedrigschwellige und auch aufsuchende Be-

handlungsmöglichkeiten und – für die Gruppe der schwerer Erkrankten – eine zusätzliche intensive Betreuung nach dem Vorbild der bayerischen Präventionsambulanz. Daneben wird im Einzelfall und bei hohem Aggressionspotenzial eine längere Unterbringung vorgeschlagen. „Aktuell ist es so, dass eine Unterbringung wegen Selbst- oder Fremdgefährdung unmittelbar beendet wird, wenn die akute Symptomatik abgeklungen ist, auch wenn sich der Zustand noch nicht ausreichend stabilisiert hat“, heißt es. Die DGPPN empfiehlt, diese Praxis „unbedingt zu überdenken“.

Zudem wird auf die bislang sehr selten genutzte Möglichkeit verwiesen, (Zwangs-)Unterbringungen gegen Auflagen – z.B. für 12 Monate – auszusetzen und die Patienten zu verpflichten,



Der überlastete Hamburger Hauptbahnhof wird täglich von über 500.000 Reisenden genutzt. Oft entsteht besorgniserregende Enge. Am 23. Mai verletzte eine an der Bahnsteigkante umhergehende und mit einem Messer bewaffnete Frau 18 Menschen, davon vier lebensgefährlich. Bei der mutmaßlichen Täterin handelt es sich um eine 39-jährige Frau, bei der paranoide Schizophrenie diagnostiziert wurde. Sie war zuvor hochmobil per Zug zwischen den nördlichen Bundesländern hin- und hergereist, war mehrfach in Psychiatrien untergebracht und polizeilich in Erscheinung getreten. Erst am Tag vor der Tat war sie aus einer niedersächsischen Psychiatrie entlassen worden, in die sie wegen Suizidäußerungen eingewiesen worden war. Der ganze Hintergrund wird jetzt politisch und juristisch aufgearbeitet.

Foto: Hinrichs

Medikamente zu nehmen. Bei Verstoß könnte dann eine Zwangsrückkehr in die Psychiatrie drohen.

Desweiteren werden in dem Papier u.a. eine Angleichung der unterschiedli-

chen Gesetzesgrundlagen (PsychKGs), flexible aufsuchende Hilfen in der Regelversorgung, Globalbudgets und ein Ausbau der sozialpsychiatrischen Dienste empfohlen. Weiter Seite 2

Innenminister planen Verschärfung

BREMERHAVEN (rd). Die Innenminister der Länder haben am 13. Juni beschlossen, den Umgang mit Gefährdungsrisiken bei psychischen Erkrankungen zu verschärfen und die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Bundesländern zu verbessern (Beschluss s. www.innenministerkonferenz.de).

Ziel ist es, Gewaltpotenzial bei psychisch kranken Personen frühzeitig zu erkennen und zu verringern. Kern des Plans ist ein „Risikomanagement“, bei dem Polizei, Gesundheitsämter, Ausländer- und Justizbehörden eng kooperieren. Dafür sollen Behörden unter bestimmten Voraussetzungen Informationen über psychische Erkrankungen austauschen dürfen. Falls nötig, müssten die gesetzlichen Grundlagen dafür angepasst werden. Zudem soll geprüft werden, ob die Speicherung und Zugänglichkeit von Daten zu psychisch bedingten Gefährdungen in den polizeilichen Informationssystemen ausreicht oder verbessert werden muss.

Die Innenminister fordern außerdem, die Ländergesetze zum Umgang mit psychisch kranken Menschen zu überprüfen und gegebenenfalls zu erweitern. Dabei soll insbesondere geklärt werden, wie rechtssichere Maßnahmen unterhalb einer Zwangseinweisung, etwa verpflichtende Therapien oder kontrollierte Medikamenteneinnahme, umgesetzt werden können. Für länderübergreifende Fälle sollen Verfahren entwickelt werden, um Informationen aus verschiedenen Bundesländern für eine einheitliche Risikobewertung zusammenzuführen.

Termine & Daten

Der EPPENDORFER erscheint in diesem Jahr zweimonatlich. Die nächsten Erscheinungstermine:

2. September, 4. November, 5. Januar 2026.

Anzeigenschluss ist jeweils 10 Tage vor dem Erscheinungstermin. Anzeigenpreise und die Mediadata entnehmen Sie bitte der Homepage (www.eppendorfer.de).

Angaben zu Bestellungen sowie den Kosten eines Abonnements finden Sie ebenfalls dort sowie auf Seite 23.

Das „Antiforensikprojekt“

Wie Hamburg Patienten vor Straffälligkeit bewahren will

HAMBURG (hin). Das Thema Forensik ist ein wesentlicher Schwerpunkt im Hamburger Psychiatrieplan. Was sich hier wie verbessern und verändern soll und was sich hinter dem Namen KAPPA (Kontinuierliche Allgemeinpsychiatrische Prä- und postforensische Psycho-

behandlung in Altona) verbirgt – darüber sprachen wir mit dem Chefarzt der Abteilung für Psychiatrie und Psychothera-

pie am Asklepios-Westklinikum in Rissen, Dr. Ulf Künstler.

Im Prinzip geht es darum, Menschen, denen Maßregel droht, und solche, die nicht aus der Forensik herauskommen, weil es keine Folgeeinrichtung gibt, aufzufangen und in die Allgemeinpsychiatrie zu integrieren und insgesamt besser und konsequenter zu behandeln.

Seite 14

AUS DEM INHALT

TAGUNG	KULTUR
Das Erfolgsrezept des Vereins Irre menschlich e.V. Seite 6	Inklusives „Kunst fühlen“ in der Bremer Kunsthalle Seite 13
MEDIEN	SUCHT
Erschütternde Reportage aus einem psychiatrischen Pflegeheim Seite 7	Suchttherapietage im Zeichen psychotroper Substanzen Seite 18
GESCHICHTE	DEMENZ
Prag im Rausch: Von Absinth, dem Golem und Kafka Seite 8	Wie es ist, mit Anfang 50 an Alzheimer zu erkranken Seite 19
„HAUSBESUCH“	BÜCHER
Marita Lamparter: Aus dem Leben einer Angehörigen Seite 9	Heinz Strunk und seine „Kur ohne Zauber“ Seite 21

Zu wenig Personal wird ab 2026 teuer

■ Aber: Strenge Vorschriften für Personaleinsatz in Kliniken werden aufgeweicht / Dokumentation wird reduziert

Psychiatrische Kliniken können ihr Personal künftig flexibler einsetzen, ohne die Mindestvorgaben zu unterschreiten und Strafe zu riskieren. Zugleich wird der Dokumentationsaufwand reduziert. Das sieht eine Anpassung der „Personalausstattung Psychiatrie und Psychosomatik-Richtlinie“ (PPP-RL) vor, die der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) beschlossen hat.

BERLIN (rd). Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) begrüßte die Flexibilisierung, äußerte aber zugleich Kritik und sprach „von gemischten Signalen“. Denn: Ab dem 1. Januar 2026 müssen Kliniken bei Unterschreiten der Personaluntergrenzen Strafzahlungen leisten. Die DGPPN hatte eine Fortsetzung der Übergangsfrist gefordert.

Prof. Dr. Euphrosyne Gouzoulis-Mayfrank, Präsidentin der DGPPN: „Wenn Kliniken diese Mindestvorga-

ben nicht erfüllen können, ist dies meist ein Ergebnis größerer Herausforderungen bei der Personalgewinnung.“ Dieser Fachkräftemangel sei existent und werde definitiv nicht als „genereller Freibrief“ seitens der Kliniken angeführt, wie der G-BA in seiner Pressemitteilung suggeriere. „Sanktionszahlungen werden die Probleme nur noch verstärken“, warnte die Präsidentin weiter, „sie lösen sie nicht. Dieser Schritt wird die Kliniken empfindlich treffen.“ Es wäre eher angeraten, so Gouzoulis-Mayfrank, alternative sektorenübergreifende und flexible Modelle zu implementieren, die den Kliniken dabei helfen können, das bestehende Personal bedarfsadaptiert effizienter einzusetzen.

„Sanktionen werden die Probleme nur noch verstärken“

Die PPP-RL legt fest, wie viel Personal mindestens für die jeweilige tätige

Berufsgruppe vorzuhalten ist, was teilweise schwer zu erfüllen ist. Künftig dürfen Fach- und Hilfskräfte „unter bestimmten Umständen“ bis zu 5 Prozent auf Ärztinnen und Ärzte angerechnet werden, im Pflegedienst 15 Prozent statt 10. Auch Personal in einschlägigen Aus- und Weiterbildungen kann deutlich stärker als bisher berücksichtigt werden. Spezial-, Bewegungs- und Physiotherapeuten werden zu einer Berufsgruppe zusammengefasst. Im Nachtdienst können bis Ende 2026 Pflegehilfskräfte angerechnet werden, bis Ende 2027 gibt es keine Folgen, wenn die Vorgaben nicht eingehalten werden.

Die stations- und monatsbezogene Dokumentation soll künftig „ersatzlos“ entfallen, heißt es in der Mitteilung des G-BA weiter. Da der tatsächliche Personaleinsatz nicht mehr den einzelnen Stationen zugeordnet werden muss, könnten Einrichtungen ihr Personal damit auch einfacher als bisher stations- und settingübergreifend einsetzen. (Mehr unter <https://www.g-ba.de> bzw. www.dgppn.de)

„Gefährderansprachen wenig zielführend“

■ Prävention: Modell aus Zürich als vorbildlich hervorgehoben

Fortsetzung von Seite 1:

BERLIN (hin). Eine große Lücke wird bei der Versorgung von Geflüchteten moniert, hier wird eine Aufhebung der dreijährigen Sperrfrist für die Aufnahme von Psychotherapie vorgeschlagen.

Als vorbildlich hervorgehoben wird ferner das Modell einer forensisch-psychiatrischen Fachstelle bei der Polizei in Zürich. Hier gelinge es oft, eine Behandlung zu veranlassen – und die ärztliche Schweigepflicht werde dabei nicht berührt.

Eine präventive Intervention allein durch Sicherheitsbehörden – etwa in Form sogenannter „Gefährderansprachen“ – sei im Fall psychisch erkrankter Personen wenig zielführend. Handele es sich doch um individuelle Krankheitsprozesse, die sich durch eine polizeiliche Ansprache oder Überwachung nicht beeinflussen ließen.

Eine wiederholte Kontaktierung durch polizeiliche Kräfte sei nicht praktikabel. So sprächen auch erste Erfahrungen mit dem polizeilichen Projekt zur Früherkennung von und zum Umgang mit Personen mit Risikopotenzial (PeRisikoP) in Nordrhein-Westfalen (NRW) dafür, dass sich Gewalttaten durch eine Aufnahme in das Projekt nicht verhindern lassen.

Schließlich wird auch darauf hingewiesen, das ÄrztInnen – nach sorgfältiger Abwägung der Schweigepflicht gegen andere Rechtsgüter – durchaus Informationen weiter geben würden. Und zwar dann, „wenn eine unmittelbare Gefahr für die Person selbst oder für Dritte besteht, die eine polizeiliche Intervention erforderlich macht“. Dies sei nicht vergleichbar mit einer „vorsorglichen“ Weitergabe und Speicherung von Informationen über Patientinnen und Patienten, die möglicherweise in der Zukunft gefährlich werden könnten.

Kein Geld mehr vom Missbrauchs-Fonds

■ Zügige Nachfolgeregelung gefordert

BERLIN (epd). Angesichts des vorzeitigen Stopps des Fonds Sexueller Missbrauch fordert der Verein „Gegen Missbrauch“ von der Bundesregierung zügig eine Nachfolgeregelung, um Betroffene sexualisierter Gewalt weiter Hilfen zukommen zu lassen. Möglich sei eine gesetzliche Verankerung im Gesetz zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen, sagte der Vorsitzende des Opferschutzvereins, Ingo Fock, dem Evangelischen

Pressedienst (epd).

Der Verein hatte zuvor Alarm geschlagen, weil das Geld im Fonds früher als gedacht aufgebraucht ist. Auf der Internetseite des Fonds wurde durch das Bundesfamilienministerium mitgeteilt, dass wegen eines erhöhten Antragsaufkommens nur noch bis zum 19. März dieses Jahres eingegangene Anträge bewilligt wurden. Die verfügbaren Haushaltsmittel seien „vorzeitig erschöpft“, heißt es in der Mitteilung.

Brief aus der Hauptstadt



Über dem Zentrum der Macht: die begehbare Kuppel des Berliner Reichstags. Foto: Deutscher Bundestag/Stephan Erfurt

Blick zurück, Blick nach vorn

Einmal jährlich lädt der Berliner Landesverband des Paritätischen zum „Fachgespräch Soziale Psychiatrie“ ein. Dabei geht es in der Regel um die Weiterentwicklung der Sozialpsychiatrie in Berlin – aber auch darum, politischen Fehlentwicklungen entschieden entgegenzutreten.

Die thematische Klammer des diesjährigen Fachgesprächs bildete das 50-jährige Jubiläum der Psychiatrie-Enquête – ein Anlass für einen umfassenden Rückblick wie auch eine kritische Zukunftsperspektive. Im Mittelpunkt stand die Vorstellung des Buches Sozialpsychiatrie in Berlin 1945 – 2023 von Christian Reumschüssel-Wienert. Der Autor hatte bereits 2021 eine Chronik der deutschen Sozialpsychiatrie verfasst; in seinem aktuellen Werk richtet er den Fokus auf die historische Entwicklung der Sozialpsychiatrie in Berlin. Der Paritätische Landesverband Berlin hat das Buch unterstützt – umso naheliegender war es, es im Rahmen des Fachgesprächs zum Jubiläum der Enquête in einem kurzweiligen Vortrag zu präsentieren.

Bereits auf der ersten Folie seines Vortrags machte der Autor deutlich, dass die Täter der nationalsozialistischen Psychiatrie nach 1945

weitgehend juristisch unbehelligt blieben. Beim anschließenden Schwenk auf die Entwicklung in Berlin überraschte die frühe Gründung eines psychiatrischen Überhangswohnheims („Haus Phönix“) bereits im Jahr 1956. In Ost-Berlin entstanden in der ersten Hälfte der 1960er-Jahre zwei Kliniken mit sozialpsychiatrischer Ausrichtung – eine davon sogar in kirchlicher Trägerschaft.

In der Folge der Psychiatrie-Enquête bildeten sich im Westteil der Stadt die ersten gemeindepsychiatrischen Initiativen, die teilweise bis heute bestehen. In den Modellregionen Spandau und Steglitz wurden neben ersten Kontakt- und Beratungsstellen auch Wohngemeinschaften und eine Tagesklinik aufgebaut. In der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre begann der Bettenabbau in den Kliniken (rund 500 Betten); viele ehemalige Patient:innen zogen in betreute Wohngemeinschaften.

Nach dem Fall der Mauer kam es in Berlin zu wirtschaftlichen Verwerfungen, etwa durch den Wegfall des Sonderstatus und damit verbundener finanzieller Zuschüsse. Gleichzeitig etablierte sich in den 1990er-Jahren in Ost-Berlin eine vielfältige Trägerlandschaft gemeindepsychiatrischer Angebote. Berlinweit wurde die bezirkliche Pflichtversorgung psychisch kranker Menschen eingeführt und die Zahl stationärer psychiatrischer Betten weiter deutlich reduziert. Die Psychiatrieplanung orientierte sich zunehmend an Sozialindizes, und das Prin-

zip „ambulant vor stationär“ setzte sich ebenso durch wie die Gründung bezirklicher psychosozialer Arbeitsgemeinschaften. Es entstanden zahlreiche Kontakt- und Beratungsstellen sowie Angebote im Bereich Zuverdienst.

Am Ende dieses Reformprozesses waren fünf psychiatrische Krankenhäuser geschlossen, 3000 Betten abgebaut und ein berlinweit tätiger Krisendienst eingeführt worden. In den 2000er-Jahren führten über dreißig Träger die Soziotherapie ein, einige auch die ambulante psychiatrische Pflege. Zudem entstanden erste Projekte der integrierten Versorgung („Home Treatment“).

Nicht unerwähnt blieb der nachhaltige Vertrauensverlust zwischen Politik und Trägerlandschaft infolge der Enthüllung unseriöser Geschäftspraktiken der Treberhilfe (Stichwort: Maserati). Christian Reumschüssel-Wienert geht sogar davon aus, dass einzelne Formulierungen des Bundesteilhabegesetzes durch diesen Skandal beeinflusst wurden.

Dem Vortrag folgten Beiträge einzelner Protagonist:innen der Sozial- bzw. Gemeindepsychiatrie. Sie waren sich darin einig, dass das Berliner System eine gute und bewahrenswerte Versorgung für psychisch erkrankte Menschen

darstellt.

Im Anschluss stellte die Landesbeauftragte für psychische Gesundheit, Norma Kusserow, den Projektverlauf sowie erste Zwischenergebnisse der laufenden Evaluationsstudie zu den zuzuwendungsfinanzierten Angeboten – wie etwa Kontakt- und Beratungsstellen oder Zuverdienstprojekte – vor. Für diese Bereiche gebe es bislang nur wenig Datenmaterial, das nun durch die Studie erhoben werde.

Den Abschluss der Veranstaltung bildete die Vorstellung möglicher Modelle psychiatrischer Budgets. Der Paritätische Berlin favorisiert ein solches Budgetmodell als zukunftsfähige Finanzierungsform. **Ilja Ruhl**

Betrifft: Abs.

Der Autor arbeitet als Sozialarbeiter bei einem gemeindepsychiatrischen Träger in Berlin. Er engagiert sich ehrenamtlich in der „Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie“ und ist zudem auch als Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Soziale Psychiatrie“ tätig.



IMPRESSUM

EPPENDORFER

Zeitung für Psychiatrie & Soziales

www.eppendorfer.de

Jahrgang 35 C 42725

Verlagsanschrift:

AMEOS Nord, Regionalzentrale

Wiesenhof, 23730 Neustadt in Holstein

info@eppendorfer.de

Herausgeber:

Michael Dieckmann

AMEOS Gruppe (V.i.S.d.P.)

c/o AMEOS Spitalgesellschaft mbH,

06112 Halle

www.ameos.eu

Abonnement & Anzeigen

Erken Schröder

aboservice@eppendorfer.de und

erken.schroeder@ameos.ch

Tel.: +49 176 300 55 139

Redaktionsleitung, Layout und Satz:

Anke Hinrichs (hin)

Redaktionsbüro NORDWORT

Große Brunnenstr. 137, 22763 Hamburg,

Tel.: 040 / 41358524,

E-Mail: mail@ankehinrichs.de,

redaktion@eppendorfer.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Rolf Brüggemann, Turhan Demirel,

Sönke Dwenger, Michael Freitag

(fg), Michael Götsche (gö), Esther

Geißlinger (est), Christiane Harthun-

Kollbaum, Karolina Meyer-Schilf,

Dr. Verena Liebers, Ilja Ruhl

(rd) = Redaktion, Agentur: epd

Druck:

Boyens Medienholding GmbH & Co. Kg.

Es gilt die Anzeigenpreisliste 2019. Der

Eppendorfer erscheint zweimonatlich und

kostet jährlich 39,50 Euro

(Sozialtarif: 25 Euro).

* Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

* Alle Geschlechter sind gleichberechtigt – aber Texte müssen auch gut lesbar sein. Wegen der besseren Lesbarkeit hat sich die Redaktion entschieden, überwiegend auf die zusätzliche Nutzung diverser Schreibformen bzw. auf eine Festlegung zu verzichten. Dem einzelnen Mitarbeiter steht diese Entscheidung aber frei.

Von der Werkstatt in den Journalismus

■ Inklusion: Nikolai Prodöhl über seinen ungewöhnlichen Berufsweg

Für Menschen mit Beeinträchtigung ist der Zugang zum Journalismus äußerst schwer. Der Hamburger Nikolai Prodöhl hat selbst eine Lern- und Sprachbeeinträchtigung – und wollte von Kindheit an beruflich in den Journalismus. Mit Hartnäckigkeit hat es der 36-Jährige geschafft, seinen Traum zu verwirklichen. Er hat es zu einem festen Redakteursjob geschafft.

EPPENDORFER: Was war für Sie der Auslöser für den Berufswunsch Journalist?

Nikolai Prodöhl: Mit 12 Jahren habe ich zum ersten Mal Sprach-Aufnahmen auf meinem Kassetten-Rekorder gemacht: Ich hatte mir Fußball-Spiele ausgedacht und kommentiert. Ich hatte viel Spaß daran. Mein Wunsch, später einmal Moderator zu werden, war damit geweckt. Meine Eltern dachten aber, dass das wegen meiner Sprachprobleme nichts werden kann.

Wie haben Sie es geschafft, trotz allem diesen Weg zu gehen?

Prodöhl: Ich hatte eine Förder-Schule besucht. Anschließend bin ich in eine Werkstatt für Menschen mit Behinderung gewechselt und habe in der Gärtnerei Stüffel gearbeitet. Der Traum vom Journalismus blieb, und ich war auf der Suche nach einem echten Job in den Medien. Ich habe viele verschiedene Praktika gemacht.

War es schwierig, Praktikumsplätze zu bekommen?

Prodöhl: O ja. Die Voraussetzungen dafür sind in den Medien ziemlich hoch, meist wird Abitur und Studium verlangt. Menschen mit einer Lern-Beeinträchtigung haben aber leider kaum Zugang zu höheren Abschlüssen. Doch ich habe nicht aufgegeben, sodass ich auch Praktika machen konnte, auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen. Zum Beispiel hatte ich einmal bei der Redaktion „Mein Nachmittag“ mitgemacht und konnte für einige Tage auch beim Radio-Sender N-Joy hinter die Kulissen schauen. Aber einen Job habe ich dort nicht gefunden. Die Redakteure haben zu mir gesagt, dass sie für mich als Mensch mit einer Einschränkung keinen Job haben. Ich war dort sehr enttäuscht.



Nikolai Prodöhl arbeitet als Radiomoderator, hier bei TIDE.radio.

Foto: TIDE.radio Hamburg

Wie haben Sie es dann in die Medien geschafft?

Prodöhl: Das Freie Radio vom FSK in Hamburg hat mir geholfen einen guten Anfang zu finden im Journalismus. Dort konnte ich schon am Anfang live moderieren. Meine Themen waren Wohnen und Arbeiten. Anschließend wurde ich auf den Bürgersender TIDE.radio aufmerksam und konnte dort Moderations-, Technik- und Videokurse belegen. Ich habe schon bald meine eigene Sendung bekommen. Mein Interesse am Sport habe ich seit meiner Kindheit behalten, besonders für die Special Olympics und Paralympics. Für meine Sportbeiträge auf TIDE wurde ich 2019 sogar für den Deutschen Radiopreis nominiert.

2023 hat die Berliner Zeitung „Tagespiegel“ mich gefragt, ob ich dort Lust habe eine Kolumne „inklusiv“ mit Schwerpunkt Inklusion und Teilhabe zu verfassen. Auch bei Klickwerk der Evangelischen Stiftung Alsterdorf habe ich journalistisch gearbeitet. Ich habe für deren „alsterinfo“ ein Magazin für die Mitarbeiter*innen und Beschäftigten der Werkstatt geschrieben.

Heute sind Sie Redakteur beim österreichischen Medium „andererseits“ – wie ist Ihnen dieser Schritt gelungen?

Prodöhl: „andererseits“ ist ein inklusives Medium mit Sitz in Wien. Ich wurde

darauf aufmerksam gemacht bei der Gärtnerei Stüffel und habe darüber gelesen. Ich habe mich sofort dafür interessiert: Die Ziele von „andererseits“ sind, Menschen mit und ohne Einschränkungen sichere Anstellungen zu schaffen und das alle gleichberechtigt arbeiten. Ich habe dort neben der Werkstatt vier Jahre ehrenamtlich mitgearbeitet, weil ich durch die Sozialleistung wenig dazuverdienen durfte.

„andererseits“

Das Magazin „andererseits“ ist eine deutschsprachige Publikation mit Sitz in Wien, deren Schwerpunkt auf Inklusion liegt. In der Redaktion des Magazins arbeiten Menschen mit und ohne Beeinträchtigung zusammen. „andererseits“ erscheint sowohl online als auch als zweiwöchentliche Printausgabe. Es ist barrierefrei, die Beiträge sind in einfacher und leichter Sprache verfasst. Das Magazin wurde bereits mehrfach mit Preisen ausgezeichnet, beispielsweise mit dem Social Impact Award und dem Concordia-Preis für Menschenrechte. 2023 wurde „andererseits“ für den Grimme Online Award nominiert.

Dort habe ich Podcasts produziert und Artikel geschrieben. Ich habe mitgeholfen, die Redaktion aufzubauen und habe bei großen Recherchen mitgearbeitet. Die Redaktion bot mir eine Festanstellung in der Redaktion an.

Ich bin dort über das „Budget für Arbeit“ angestellt. Das Budget für Arbeit hilft Menschen mit Behinderung dabei, einen Arbeitsplatz auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu finden.

Wie sieht ihre Arbeit aus?

Prodöhl: Ich arbeite mit Kolleginnen und Kollegen mit und ohne Behinderung zusammen. Gemeinsam überlegen wir uns Themen. Ich recherchiere, führe Interviews und schreibe Artikel. Die Kollegen unterstützen mich und redigieren die Texte. Das erleichtert mir die Arbeit. Außerdem prüfe ich Texte von anderen, ob sie in Einfacher, verständlicher Sprache verfasst sind und mache selbst Vorschläge für Formulierungen in Einfacher Sprache. Themen und Zusammenarbeit besprechen wir jeden Tag in einer Video-Konferenz. Neben verschiedenen Projekten bin ich auch für unseren Newsletter Freitag-Morgen verantwortlich, der jeden Freitag in der Frühe online geht. Wir arbeiten auch mit anderen Medien zusammen. Zurzeit bin ich an drei Projekten beteiligt. Zum Beispiel recherchiere ich für eine Fernseh-

Sendung.

In den letzten Monaten habe ich an einer großen Recherche mitgearbeitet. Zusammen mit der Süddeutschen Zeitung habe ich zu Werkstätten recherchiert. Wir haben herausgefunden, dass Behinderten-Werkstätten kaum inklusiv sind und dass dort die Beschäftigten nicht fair bezahlt werden. Das alles ist zwar mitunter anstrengend, aber es macht mir zugleich großen Spaß.

Was sind die größten Schwierigkeiten für Menschen mit Beeinträchtigungen innerhalb einer Redaktion?

Prodöhl: Da ist zunächst der enorme Zeitdruck. Alles muss schnell gehen. Inklusiver Journalismus braucht aber mehr Zeit. Es gibt zwar Arbeits-Plätze für Menschen mit Beeinträchtigung in Medien-Häusern, aber eben kaum in Redaktionen. Dabei nützt inklusiver Journalismus allen. In den Medien erscheint zu wenig über das Thema Inklusion, auch weil dort kaum Menschen mit Beeinträchtigung beschäftigt sind. Wenn es mehr Inklusion in den Redaktionen geben würde, hätten alle etwas davon. Menschen mit Beeinträchtigungen haben eine andere Perspektive als Menschen ohne Beeinträchtigungen.

Können Sie anderen Menschen mit Beeinträchtigung Tipps geben, um Zugang zum Journalismus und zu den Medien zu bekommen?

Prodöhl: Bleibt immer dran und gebt nicht auf. Einfach immer wieder versuchen, dann kann es auch mit einem Praktikums-Platz oder mit Aufträgen und Jobs klappen. Ein anderer Tipp: Gestaltet eigene Formate oder Podcasts, zum Beispiel auf TIDE.radio oder auf Youtube. So könnt Ihr Erfahrungen sammeln, andere können auf Euch aufmerksam werden.

Was sind Ihre Ziele für die Zukunft?

Prodöhl: Ich will möglichst viele Beiträge über inklusive Themen schreiben. Und dazu beitragen, dass sich auf lange Sicht die Chancen für Menschen mit Beeinträchtigung vergrößern – auch im Journalismus selbst. Wenn mehr Menschen mit Beeinträchtigung zu Wort kommen, wird auch unser Blickwinkel verständlicher.

Michael Götsche

„Witze ja, aber miteinander“

■ DJV Media-Hour: Comedian & Schauspieler Tan Caglar über Humor, Inklusion und Wege in die Medienbranche

Dürfen Sie eigentlich Rollstuhl fahren, wenn sie betrunken sind? Eine launige Frage, die ihm dann und wann mal gestellt werde, berichtet Tan Caglar. Seine Antwort: „Nach einer Blutprobe kann ich jedenfalls nicht zu Fuß nach Hause gehen.“ Humor und Behinderung – ein sensibles Thema. Gibt es Grenzen? Tan Caglar sieht es nicht eng. Will aber auch keinen Freibrief ausstellen: „Natürlich gibt es Grenzen. Witze übereinander oder nach unten? Das geht gar nicht.“ Was in Ordnung ist: Witze miteinander zu machen. „Über eigene Schwächen kann ich gut lachen“, so der Schauspieler. „Ich mache zum Beispiel nie Witze über Rollstuhlfahrer – aber ich erzähle gerne über komische

oder absurde Situationen aus meinem Alltag als Rollstuhlfahrer.“ Das Thema Behinderung lasse sich gut mit Humor transportieren.

Tan Caglar ist Comedian, Schauspieler und Rollstuhlfahrer. Er war Gast der dritten Ausgabe der Media Hour des Bundesfachausschusses Chancengleichheit und Diversity im Deutschen Journalisten-Verband (DJV). Zum Thema „Medien ohne Hindernisse? Inklusion für alle!“ schilderte er im Gespräch mit der Journalistin Lisa Stegner seine Erfahrungen als Mensch mit Behinderung in Medien und Öffentlichkeit.

Tan Caglar kam mit Spina bifida in Hildesheim zur Welt. Durch diese angeborene Rückenmarkserkrankung ist

er seit vielen Jahren auf den Rollstuhl angewiesen.

Tan Caglars Lebenslauf ist ungewöhnlich. 1980 geboren, begeisterte er sich von Kindheit an für Basketball. Als Rollstuhlbasketballer spielte er zeitweise in der Bundesliga und gehörte sogar dem erweiterten Kader der deutschen Nationalmannschaft an. Ursprünglich arbeitete er in einer Werbeagentur. Seit 2012 engagiert er sich als Coach für Integration und Inklusion. Nach einigen Filmengagements fuhr er 2016 als erstes Model im Rollstuhl über den Laufsteg der Berliner Fashion Week. 2021 spielte er den Neuen im Berliner „Tator“-Team. Seit 2021 verkörpert er in der TV-Serie „In aller Freundschaft“ den Chirurgen Dr. Ilay Demir.

Ein Mann voller Energie – umso mehr stört ihn der allgemeine Tenor in der medialen Berichterstattung über Menschen mit Behinderung, wenn es beispielsweise stereotyp heißt, jemand sei an den Rollstuhl „gefesselt“. Seine persönlichen Erfahrungen mit den Medien? Durchwachsen.

Bestimmten Medien gebe er überhaupt kein Interview mehr, so Tan Caglar: In einem Interview habe er mal Verständnis für Menschen geäußert, die wegen ihrer Behinderung Suizid begehen. „Herausgekommen ist dann eine Selbstmord-Schlagzeile in Verbindung mit meinem Namen“, empört er sich.

Michael Götsche
(Fortsetzung auf Seite 4)



Comedian und Schauspieler („In aller Freundschaft“): Tan Caglar. Foto: DJV